Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Tel.-Adr.: Tageblatt Auerzgebirge, Fernsprech-Anschluß Nr. 29

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.40 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4,40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 15.60 Mark, monatlich 5.20 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8abengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 227. Mittwoch, den 28. September 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die jetzt veröffentlichte Liste über die an Frankreich abzuliefernden Rheinschiffe umfaßt 133 Kähne und 60 Schlepper.

•

In Oberschlesien namentlich ist den von der Abtretung am meisten bedrohten Gebieten Pleß und Rybnik mehren sich die Protestkundgebungen gegen einen Anfall an Polen.

•

Der dritte Band von Bismarcks Erinnerungen ist endlich erschienen, nachdem eine englische und schwedische Ausgabe schon lange im Handel waren.

•

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen von Frankreich die Marschalls- und die Gesellschaftsinseln einschließlich Tahitis zu kaufen, da diese Inseln den Panamakanal und die Westküste und von Südamerika decken.

•

Zwischen Italien und England ist eine Einigung über Albanien erfolgt, was aber die Albaner nicht hindert, in südslawisches Gebiet einzufallen.

Die drohende Weltkatastrophe.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die deutsche Valuta hat gestern von neuem einen schwarzen Tag erlebt. Die Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel nahm im amtlichen Devisenverkehr noch nie dagewesene Formen an. Und die Devisen selbst erreichten unerhörte Kurse. Der Dollar stand auf 127, das Pfund auf 475 und der holländische Gulden auf 1050. Die deutsche Mark galt also am amerikanischen Dollar gemessen, noch nicht einmal 3½ Pfennig. Einen solchen unerhörten Sturz hat sie bisher noch nie erlebt, und wir dürfen uns keinem Zweifel darüber hingeben, daß damit der vollständige Zusammenbruch der Mark vor der Tür steht. Kann man sich darüber wundern? Deutschland ist verpflichtet, seinen Gläubigerstaaten an bestimmten Terminen in Goldwährung gewaltige Summen zu zahlen. Gold aber haben wir nicht. Infolgedessen sind wir gezwungen, immer und immer wieder ausländische Zahlungsmittel in Gold aufzukaufen, die dadurch nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage in immer phantastischere Höhen klettern. Umsoweniger als unsere Valuta, unter deren Entwertung die weitesten Bevölkerungskreise auf das allerschwerste leiden, an den deutschen Börsen leider als Spielobjekt betrachtet wird, ein Unfug, gegen den auf das allernachdrücklichste protestiert werden muß. Um aber die fremden Zahlungsmittel beschaffen zu können, arbeitet Deutschland in Schweiße seines Angesichts. Wir führen zu Schleuderpreisen aus und überschwemmen mit unseren Waren die ausländischen Märkte. Je mehr wir aber arbeiten, um zahlen zu können, desto tiefer sinkt die deutsche Arbeit im Preise. Die Wirkungen unserer Schleuderkonkurrenz spüren unsere Gläubigerstaaten am eigenen Leibe. Je mehr wir exportieren, desto mehr müssen ihre eigenen Industrien feiern. Amerika, das im Golde fast erstickt, zählt zurzeit nicht weniger als 5 Millionen Arbeitslose; nicht viel besser geht es in England. In beiden Staaten sucht man krampfhaft nach Auswegen, um dieser immer höher steigenden Gefahr entgegenzutreten. Man schafft Anti-Dumping-Gesetze, gewaltige Zollmauern, um sich vor der deutschen Schleuderkonkurrenz abzusperren. Aber es ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Wenn wir unsere Schulden zahlen sollen, müssen wir arbeiten, müssen wir zu Schleuderpreisen verkaufen, müssen fremde Devisen beschaffen. Ein furchtbarer Kreislauf, dessen Ende nicht abzusehen ist.

Oder gibt es am Ende doch ein Mittel? In England ist die Erkenntnis schon längst aufgedämmert, daß es so nicht weiter gehen kann. Vor einigen Monaten schon hat der Kolonialminister Winston Churchill auf die ungeheuren Gefahren hingewiesen, die der englischen Industrie drohen, und seine neue große Rede über die Streichung der internationalen Kriegslasten zugunsten einer Herabminderung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen legt noch viel nachdrücklicher den Finger auf dieses Geschwür am Weltwirtschaftskörper. Denn solange die Welt unter der Atlaslast der Kriegsschulden seufzt, ist garnicht daran zu denken, daß der Währungswirrwarr je in Ordnung zu bringen und die Weltwirtschaftskrise einer Gesundung entgegenzuführen ist. Umso erfreulicher ist es, daß, da ja unsere Mahnungen und Beschwörungen in der Welt nicht gehört werden, immer wieder von England aus der Ruf nach Schaffung eines internationalen Wirtschaftsausgleichs ausgeht. Wie oft ist dasselbe von deutscher Seite gesagt, wie eindringlich auf die unlösliche weltwirtschaftliche Verbundenheit hingewiesen worden! Der nüchterne englische Rechner hat auch alsbald begriffen, daß der wirtschaftliche Ruin eines Staates wie Deutschland notwendig seine Wirkung auf die übrigen Staaten ausdehnen muß, und daß die Wohlfahrt unserer Gläubigerstaaten mit der Erhaltung eines lebensfähigen Deutschlands aufs engste verknüpft sind. Auch in Amerika scheint die Vernunft zu siegen: die amerikanischen Bankiers haben zu ihrem Jahreskongreß im nächsten Monat die Kreditgewährung für Europa als Hauptgegenstand ihrer Beratung auf die Tagesordnung gesetzt. Nur in Frankreich hält man sich vor dieser Wahrheit noch immer krampfhaft die Ohren zu und glaubt sein Ziel mit der gewaltsamen Niederhaltung der deutschen Entwicklung erreichen zu können. Zu spät werden die Franzosen einsehen, wie tief sie sich mit ihrer verbohrten Gewaltpolitik ins eigene Fleisch schneiden. Und doch gehört außerordentlich wenig wirtschaftliche Einsicht dazu, um diese Zusammenhänge zu verstehen.

In seiner großen Rede hat Churchill eine Konferenz verlangt, die dem Problem des internationalen Handels gelten soll, also der Frage, wie die schweren Hemmungen beseitigt werden können, die sich heute dem freien Spiel der Kräfte in Angebot und Nachfrage in der ganzen Welt entgegenstemmen, und die einen Weg zur Linderung der internationalen Wirtschaftskrisis zu suchen hätte. Es wäre von großer Bedeutung, zu wissen, ob die Ausführungen Churchills seine persönliche Ansicht darstellen, oder Beschlüsse ankünden, die das englische Kabinett fassen will. Für diese Frage interessiert sich auch die Londoner City, und es ist nicht ohne Interesse, daß es gerade die Daily Mail, das Organ Lloyd Georges, ist, das diese Frage aufwirft. Dasselbe Blatt ist es auch, daß eine internationale Konferenz für Geldfragen, die vom Verband für gesunde Währungen organisiert sei, für Anfang Dezember in London ankündigt, mit dem Zwecke, ein Programm von Maßnahmen zu entwerfen, die notwendig sind, um die Währungen der verschiedenen Länder und den Goldstandard wieder herzustellen. So gut die Absichten einer solchen Konferenz auch sein mögen, ist zu bezweifeln, daß mit künstlichen Mitteln diese Weltkrise zu beseitigen sein wird. Die wirtschaftliche Krankheit Europas ist entstanden auf dem Boden der falschen Politik, die im Versailler Friedensvertrag verkörpert ist. Von diesem Boden aus kann sie auch nur geheilt werden, d. h. nur durch eine Neuregelung der internationalen Verpflichtungen, nur durch Herabsetzung der phantastischen deutschen Kriegsentschädigungen auf ein erträgliches Maß. Man möchte glauben, daß dieser Gedanke in der Tat der Churchill'schen Forderung auf Streichung der Schulden der Ententestaaten untereinander zugrunde liegt. Wenn Amerika England, England seinen Alliierten ihre Kriegsschulden erläßt, so würde daraus folgen, daß die Erzielung eines Finanzgleichgewichts möglich wäre, das seinen Einfluß im Sinne der Erleichterung des deutschen Reparationskontos ausüben würde. Churchills Aufforderung ist natürlich demnach an Amerika gerichtet. Leider aber hat man dort sich bisher diesen Gedanken noch immer verschlossen. England selbst aber will mit dem Schuldennachlaß nicht den Anfang machen. Und doch hätte Amerika die Pflicht, sich dafür stark zu machen, daß die Fehler wieder gutgemacht werden, die einst Präsident Wilson an Europa und am deutschen Volke begangen hat, das im Vertrauen auf seine Gerechtigkeit die Waffen aus der Hand legte.

Times-Märchen.

Nu. Die Times haben vor wenigen Tagen einen aufsehenerregenden Artikel über die unsichtbare deutsche Armee veröffentlicht. Daß ein solcher Aufsatz in den Times erscheinen konnte, kann den Kenner politischer Verhältnisse nicht sonderlich in Erstaunen bringen, denn die Times haben in der letzten Zeit konsequent den französischen Standpunkt vertreten, und man geht wohl auch nicht fehl in der Annahme, daß dieser Aufsatz in Paris geboren ist. Die Pariser Presse ist ja nach wie vor mit Meldungen über deutsche Millionenheere gespickt, aber die Zahl dieser Meldungen ist noch lange keine Gewähr für ihre Richtigkeit. Und auch das, was die Times melden, sind Propagandamärchen, wie sie während des Krieges erzählt wurden, Märchen, die aber einer ernsthaften Nachprüfung in keiner Weise standhalten. Der Zweck dieses Aufsatzes ist überaus durchsichtig, die Times wollen, was Frankreich will: die Interalliierte Kontrollkommissionen sollen so lange wie möglich in Deutschland bleiben. In den Kommissionen selbst aber ist man von der Nutzlosigkeit weiteren Verbleibens überzeugt. Deutschland ist allen Verpflichtungen über das Heerwesen, die sich aus der Annahme des Ultimatums ergeben haben, nachgekommen. Das Reichsheer hat eine Stärke von 100 000 Mann und keinen Mann darüber. Zu den Einzelheiten erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die Höhe der Bekleidungsbestände von der Kontrollkommission erst im September 1921 festgelegt worden ist, es ist daher wohl erklärlich, wenn einzelne dieser Bekleidungsgegenstände noch nicht abgeliefert worden sind. Die Demobilisierung des alten Heeres und die Auszahlung von Pensionen ist nicht Sache des neuen Reichsheeres. Selbstverständlich müssen für die Zahlung von Pensionen und Renten Listen geführt werden, aber es ist unsinnig, zu behaupten, daß dies sogenannte Rekrutierungslisten seien. Ebenso unsinnig ist es, wenn behauptet wird, daß sich andere Ministerien als das Reichswehrministerium mit Artilleriefragen beschäftigen. In der Abrüstung ist Deutschland sogar über die Bestimmungen des Friedensvertrages in mehrfacher Hinsicht hinausgegangen; namentlich in der Ablieferung von Geschützen, Waffen und Ausrüstungen der Ost- und Südfestungen, worüber den Kontrollkommissionen nach dem Friedensvertrag eine Entscheidung eigentlich gar nicht zustand. Die Kontrollkommissionen haben sich davon, wie Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, immer wieder überzeugen können. Auch bei unerwarteten und plötzlichen Besuchen der Kontrolloffiziere hat sich nichts ergeben, was etwa ein Beweis für die Behauptungen des Timesartikels sein könnte. Dieser Artikel ist von böswilliger Absicht diktiert, ohne daß Unterlagen für diese Behauptungen vorhanden sind.

Deutscher Reichstag.

—e— Ouvertüre im Reichstage. Das Haus ist dicht besetzt, denn die erwarteten Besprechungen über die parteipolitische Behandlung der Steuergesetze und die Umbildung der Regierung haben die Volksboten aus allen Teilen des Reiches pünktlich herbeigeführt. Die innenpolitische Lage, in der wir uns befinden, wurde aber auch sonst äußerlich gleich zu Beginn der Sitzung offenbart. Der Platz des Abg. Erzberger war von einem großen Kranz von Astern und Lorbeeren umrahmt, wie der der anderen, während der langen Ferienpause verstorbenen Mitglieder des Hauses. Der Tod hat während der Sommerpause wirklich ungewöhnlich reiche Ernte gehalten. Besonders viele Lücken hat das Zentrum zu beklagen. Zu Erzberger kommen Trimborn und Burlage. Das Zentrum muß sich nach neuen Führern umsehen. Präsident Löbe hat für jeden warmherzige und geschickte Abschiedsworte, während die Spannung im Hause wächst. Dann spricht der Präsident von dem Mord in Griesbach und auf der Rechten macht sich dabei mehrfach lebhafte Bewegung spürbar. Man ist dort der Auffassung, daß Löbe allzusehr als sozialdemokratischer Parteimann spricht, wenn er sagt, daß es sich nicht um die vereinzelte Tat eines verstiegenen Fanatikers handelt sondern um den kühlen blutigen Ueberfall ausgeschickter Mordgesellen, wenn er, noch weitergehend, darauf verweist, daß die Ursache des Mordes darin zu suchen ist, daß der politische Kampf auf das persönliche Gebiet übertragen würde, wenn er hervorhebt, daß die Mörder den Mut zu ihrer Tat, nicht aber den zur Verantwortung hatten und das Kleid des Offiziers, das man als höchstes Ehrenkleid zu bezeichnen pflegte, mit Mörderblut befleckten. Die sichtbarste Verstimmung entstand bei der Rechten aber bei dem Satz, daß es Personen gegeben habe, die den Mord forbeiwünschten, billigten und entschuldigten. Danach bespricht der Präsident noch in würdigen Worten das Riesenunglück von Oppau und das Haus erhebt sich auch zu Ehren dieser Opfer des Todes. Dann kommt der nüchterne Alltag zu seinem Recht und während sich das Haus mehr und mehr leert, zieht eine kleine Anfrage nach der anderen in endloser Folge vorüber. Erst heute Mittwoch werden die eigentlichen Verhandlungen des Reichstages mit der Besprechung des Unglücks von Oppau beginnen.

Sächsischer Landtag.

Am Dienstag mittag trat der sächsische Landtag zu einer kurzen Zwischentagung zusammen, um einige wichtige Steuervorlagen zu verabschieden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Landtagspräsident Fräßdorf der Opfer, die das grauenvolle Unglück in Oppau gefordert hatte. Die Abgeordneten drückten durch Erhebung von ihren Plätzen ihre Anteilnahme aus. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung die Verabschiedung des

Grundsteuergesetzes.

Den Bericht des Sonderausschusses erstattete Abg. Bethke (Soz.). Er bat, die Vorlage mit den vom Sonderausschuß vorgeschlagenen Aenderungen anzunehmen und die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß den Ländern gestattet wird, zur Verzinsung und Tilgung des zur Förderung des Wohnungsbaues bereitgestellten Betrages Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben. Abg. Beutler (Deutschnat.) erklärte, daß seine Partei alle Minderheitsanträge aufrechterhalte. Abg. Dehne (Dem.) stellte fest, daß seine Partei dem Entwurf in seiner jetzigen Fassung nicht zustimmen wird. In demselben Sinne sprach sich auch Abg. Blüher (D. Vp.) aus. Finanzminister Heldt erwiderte, daß er die Vorlage von seinem Vorgänger, dem jetzigen demokratischen Abgeordneten Dr. Reinhold, übernommen habe. Dann verlas Abg. Siewert (Kom.) eine Erklärung seiner Partei, in der mit vielen Worten ausgeführt wird, daß die Kommunisten das Gesetz nur annehmen werden, aus der Erwägung heraus, daß sie im anderen Falle den Bürgerlichen einen willkommenen Dienst leisten würden. Seine Partei will den Zeitpunkt des Sturzes der jetzigen Regierung selbst bestimmen. Nach kurzer unwesentlicher Aussprache kam man zur Abstimmung. Die Regierungsvorlage wird mit den vom Ausschuß vorgeschlagenen Abänderungsvorschlägen gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen. Sämtliche Minderheitsanträge wurden abgelehnt.

SLUB
Wir führen Wissen.